

F.A.Z. Frühdenker

Kann Deutschland auf Gas aus anderen Ländern hoffen?

Der US-Präsident bereist Israel, das Westjordanland und Saudi-Arabien. In Großbritannien verkleinert sich das Feld der Kandidaten für die Johnson-Nachfolge. Und die Deutschen arbeiten im Schnitt ab heute endlich für sich.

Von SEBASTIAN REUTER



© Reuters

Rohre an den Anlandungsstellen der Nord-Stream-1-Gaspipeline in Lubmin, Deutschland.

Das Wichtigste für Sie an diesem Mittwoch:

- 1. Wie wird die Biden-Reise in den Nahen Osten?**
- 2. Wie groß ist die Gas-Solidarität in Europa?**
- 3. Iran hilft Russland im Ukrainekrieg**
- 4. Start im Rennen um die Johnson-Nachfolge**
- 5. Der Absturz des Euro**
- 6. Ab heute arbeitet der Steuerzahler für sich**
- 7. Hitze und Dürre haben Europa fest im Griff**

Sie können den F.A.Z. Frühdenker auch hören – [hier geht es zum Podcast](#)



© AFP

US-Präsident Biden am Dienstag im Weißen Haus.

1. Wie wird die Biden-Reise in den Nahen Osten?

Erstmals in seiner Amtszeit besucht Amerikas Präsident Israel und Saudi-Arabien. In den USA stößt die Reise auch auf Kritik. Auch sonst sinkt die Zustimmung für Biden.

Umstrittener Reiseplan: Biden wird am Mittwoch in Israel erwartet. Anschließend ist im Westjordanland ein Treffen mit Palästinenserpräsident Abbas geplant. Danach fliegt Biden nach Saudi-Arabien, wo er dem Weißen Haus zufolge unter anderen auf König Salman und Kronprinz Mohammad Bin Salman trifft, der Geheimdiensten zufolge hinter der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi stecken soll. 2019 hatte Biden mit Blick auf die Bluttat noch in Richtung der saudischen Führung erklärt: „Wir werden sie [...] zu dem Außenseiter machen, der sie sind.“

81 Jahre: Diskutiert wird zunehmend auch über Bidens fortgeschrittenes Alter. Die „New York Times“ berichtete am Wochenende aus dem Umfeld des 79 Jahre alten Präsidenten. So würden gleich mehrere Mitarbeiter regelmäßig „den Atem anhalten“ und im Verborgenen auf Biden zu achten, falls dieser stolpere oder sich bei Auftritten verhaspele. Angaben seiner Vizepräsidentin Kamala Harris zufolge, beabsichtigt Biden trotz allem für eine zweite Amtszeit zu kandidieren. Bei der Wahl im November 2024 wäre er 81 Jahre alt.

„Kein guter Job“: Unterdessen zeigt die jüngste Umfrage des Siena College unter 850 registrierten Wählerinnen und Wählern allerdings desaströse Zustimmungswerte für den amtierenden Präsidenten. Ein knappes Drittel der Befragten bescheinigt Biden einfach „keinen guten Job zu machen“. 61 Prozent der befragten demokratischen Wähler bevorzugen im Jahr 2024 einen anderen Kandidaten für die Präsidentenwahl. Und nur 29 Prozent von ihnen sind dafür, dass Biden noch einmal antritt.

[Mehr zum Thema](#)



© AFP

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Montag bei seinem Besuch in Prag.

2. Wie groß ist die Gas-Solidarität in Europa?

Stoppt Russland die Gaslieferungen an die EU komplett, sollen sich die Staaten solidarisch aufhelfen. Doch bisher gibt es dazu kaum konkrete Absprachen.

Unter Hochdruck: Ob Russland nach dem Ende der Nord-Stream-1-Wartung am 21. Juli die Gaslieferungen wieder aufnimmt, bleibt unklar. Für Deutschland stellt sich für den Fall eines Ausfalls die Frage, inwieweit es für Lieferlücken anderswo in die Bresche springen muss – oder auf Lieferungen anderer Staaten hoffen kann. Die Bundesregierung arbeitet momentan mit Hochdruck daran, Solidaritätsabkommen für eine sichere Notfall-Gasversorgung zu vereinbaren. Bislang gibt es nur zwei solcher Abkommen – mit Österreich und Dänemark.

Wenige Zusagen: Auch andere Länder hinken beim Abschluss der Solidaritätsabkommen hinterher. Bisher haben Estland und Lettland, Litauen und Lettland, Italien und Slowenien sowie Finnland und Estland Abkommen unterzeichnet. Ein Vertrag zwischen Italien und Deutschland scheiterte bislang aus „technischen Gründen“. Auch auf Energielieferungen aus Frankreich sollte Deutschland im Notfall nicht zu sehr vertrauen. Dort ist die Versorgungslage ebenfalls angespannt.

Habeck gegen Merz: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat unterdessen die Forderung des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz nach längeren Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke zurückgewiesen. Deutschland habe ein „Wärmeproblem, aber kein Stromproblem“, sagte Habeck am Dienstag in Österreich. „Dagegen hilft Atomkraft gar nichts.“ Dem Merz-Aufruf an die Grünen, einer Laufzeitverlängerung zuzustimmen, entgegnete Habeck: Der „geringe Anteil“ zusätzlicher Strommengen, der dadurch zu erreichen wäre, stehe in keinem Verhältnis zu den Risiken und zum erforderlichen gesetzlichen Aufwand.

[Mehr zum Thema](#)



© AFP

Eine militärische Drohne in einer Untergrundbasis in Iran.

3. Iran hilft Russland im Ukrainekrieg

Den USA zufolge bereitet Iran die Lieferung von „mehreren hundert“ Drohnen an Russland für einen Einsatz in der Ukraine vor. Die ukrainische Armee beginnt im Süden des Landes mit ihrer Gegenoffensive.

Kamikazedrohnen: Laut der amerikanischen Regierung sind die von Iran zugesagten Drohnen waffenfähig. Ulrike Franke, die Expertin für Drohnen bei der Denkfabrik European Council on Foreign Relations, sagte der F.A.Z., sie halte die Lieferung der fast zwei Jahrzehnte alten Kamikazedrohne Ababil für wahrscheinlich. Dabei handele es sich um Lenkwaffen, die mit Sprengstoff beladen ihr Ziel rammen und sich dabei zerstören. In Iran wird die Lieferung der Drohnen als weiteres Indiz für die engere militärische Zusammenarbeit mit Russland gewertet. Sie berge allerdings die Gefahr, dass sich Iran international weiter isoliere.

Putin trifft Erdogan: Am 19. Juli trifft Russlands Präsident Wladimir Putin in der iranischen Hauptstadt die Präsidenten aus Iran und der Türkei, Ebrahim Raisi und Recep Tayyip Erdogan. Erdogan wird damit der erste Politiker eines NATO-Mitgliedslands sein, der Putin seit Kriegsbeginn trifft. Bereits an diesem Mittwoch treffen sich in Istanbul Delegationen aus der Türkei, der Ukraine und Russland mit Vertretern der Vereinten Nationen, um über die Einrichtung eines Sicherheitskorridors für den Export von ukrainischem Weizen zu sprechen.

Gegenoffensive: Unterdessen hat die ukrainische Armee eigenen Angaben zufolge ihre angekündigte Gegenoffensive im Süden des Landes begonnen. Im Gebiet Cherson sei ein Waffenlager angegriffen worden, zudem habe die russische Armee mehr als 50 Soldaten „verloren“. Die russische staatliche Nachrichtenagentur Ria Nowosti meldete mindestens sieben Tote, vier Vermisste und Dutzende Verletzte. Auch Hunderte Häuser seien beschädigt. Unabhängig überprüfen ließen sich die Angaben beider Seiten nicht.

[Mehr zum Thema](#)



© Reuters

Wird sie neue Premierministerin? Die britische Außenministerin Liz Truss am Dienstag in London.

4. Start im Rennen um die Johnson-Nachfolge

Großbritannien will wissen, wer neuer Premierminister wird. Eine erste Abstimmungsrunde soll heute in der Tory-Fraktion stattfinden.

Kandidaten: Bis Dienstagabend durften Bewerbungen für das Amt des Tory-Vorsitzenden und damit für das des Premierministers eingereicht werden. Insgesamt acht Kandidaten erreichten bis dahin die notwendige Schwelle von zwanzig Unterstützern. Als Favoriten auf die Nachfolge von Boris Johnson gelten Außenministerin Liz Truss und der ehemalige Finanzminister Rishi Sunak.

Auswahlprozess: Bei der fraktionsinternen Abstimmung an diesem Mittwoch sind mindestens 30 Unterstützer in der 358 Abgeordnete zählenden Tory-Fraktion notwendig, um im Rennen zu bleiben. Eine weitere Runde ist für Donnerstag geplant. Sollten dann noch mehr als zwei Kandidaten im Rennen sein, wird das Prozedere am Montag fortgesetzt. Die beiden letzten Kandidaten sollen sich über den Sommer einem Auswahlprozess der Parteimitglieder stellen. Die Nachfolgerin oder der Nachfolger für Johnson soll am 5. September gekürt werden.

Kein Misstrauensvotum: Die britische Regierung hat derweil am Dienstag einen Antrag der Labour Party auf ein Misstrauensvotum gegen Johnson im Unterhaus abgelehnt. Sie bot der Opposition stattdessen ein Misstrauensvotum gegen die gesamte Regierung an, das die Labour Party jedoch nicht wollte. Ein Regierungssprecher hielt der Opposition „politische Spielchen“ vor. Die Labour Party sprach ihrerseits von „einer maroden Regierung, die Angst hat“.

[Mehr zum Thema](#)



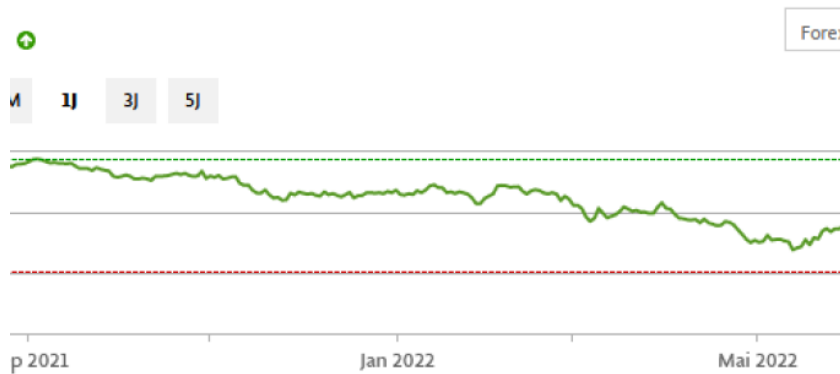
© Patrick Junker

Die Euro-Skulptur auf dem Willy-Brandt-Platz in Frankfurt am Main.

5. Der Absturz des Euro

Erstmals seit zwanzig Jahren ist die europäische Gemeinschaftswährung wieder genauso viel wert wie der Dollar. Was steckt dahinter?

Auf und ab: Dienstagmittag kostete ein Euro genau 1,0000 Dollar. Anfang des Jahres mussten noch 1,2327 Dollar für einen Euro bezahlt werden. Gestartet war die Währung im Januar 1999 mit einem Wechselkurs von 1,1747 Dollar und erlebte im Oktober 2000 sein bisheriges Rekordtief von 0,8225 Dollar. Am meisten wert war der Euro gegenüber dem Dollar kurz vor dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise im Sommer 2008. Der damalige Wechselkurs: 1,6038 Dollar.



© FAZ.NET

Gründe: Als Ursache für die Schwäche wird die Anfälligkeit der Eurozone für eine Rezession gesehen. Experten sehen die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten und der Eurozone ähnlich enttäuschend – aber in Europa komme zusätzlich das Problem der Energiesicherheit hinzu. Weil Russlands Angriffskrieg in der Ukraine dazu führen könnte, dass Russland keine Energieträger mehr an Europa liefert, sehen Anleger deshalb Euro-Anlagen derzeit als stärker risikobehaftet als Anlagen in Dollar.

Und nun? Analysten von ING und Deutsche Bank gehen davon aus, dass der Wert des Euro zunächst weiter fallen wird und nennen 0,95 Dollar als möglichen künftigen Wechselkurs.

Ulrich Kater, Chefvolkswirt der Dekabank, sagte der F.A.Z. dagegen kürzlich, er rechne spätestens für das kommende Jahr wieder mit einer Erstarkung des Euro. Unter Betrachtung von realen Kaufkraftberechnungen sei sowieso ein Wert von 1,30 Dollar angemessener.

Mehr zum Thema

Empfehlungen der Redaktion

Politik: NATO-Norderweiterung – Eine lange rote Linie für Putin

Feuilleton: Streit um digitalen Michelangelo

Wirtschaft: Flughafen Heathrow fordert Verkaufstopp von Flugtickets

Wohnen: Ferienhäuser in Schweden und der Luxus der Einsamkeit

Sport: Wie wirkt Sport auf den Schlaf?

Wissen: Noch schöner als erhofft – die ersten Bilder des „James Webb“-Teleskop



© dpa

Auch die Preise für Obst und Gemüse steigen – die Deutschen zahlen aber so viel Steuern wie 2021.

6. Ab heute arbeitet der Durchschnittsdeutsche für sich

Erst von diesem Mittwoch um etwa 11.30 Uhr an wirtschaften die Bürger in Deutschland für ihr eigenes Portemonnaie. Wie kommt der Bund der Steuerzahler zu diesem Datum?

47 Cent: Höherer Grundfreibetrag, aufgestockte Arbeitnehmerpauschale, Abschaffung der EEG-Umlage – alles Entlastungen, die von der Ampel-Koalition durchgesetzt wurden. Doch das Ergebnis bleibt ernüchternd: Die Bürger müssen nach Berechnungen für den Bund der Steuerzahler dieses Jahr praktisch genauso viel von jedem verdienten Euro an den Staat abführen wie 2021. Gerade einmal 47 Cent bleiben dem Durchschnittshaushalt.

Berechnung: Ausgangspunkt ist ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt mit 2,2 Personen mit einem Monatsbruttogehalt von 5193 Euro. Hinzu kommen der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung sowie geringe Einkommen aus selbständiger

Nebentätigkeit und Vermögen wie Miete. Das ergibt ein Einkommen von 6474 Euro, von dem 774 Euro Einkommensteuer und 2038 Euro an Sozialversicherungsbeiträgen direkt an den Staat fließen. Dazu kommt die Belastung durch indirekte Steuern und „Quasisteuern“ wie Umsatzsteuer, Tabaksteuer oder den Rundfunkbeitrag (18,36 Euro) Insgesamt kommt das Institut somit auf eine Abgabenquote von 53 Prozent.

Kalte Progression: Der Präsident des Steuerzahlerbundes, Reiner Holznagel, fordert, die Belastungsquote für Bürgerinnen und Bürger unter die 50-Prozent-Marke zu drücken. Bei der derzeitigen Rekordinflation gelte es, die kalte Progression im Einkommensteuerrecht komplett abzubauen – mit einem Tarif „auf Rädern“ und auf der Grundlage aktueller Inflationsprognosen. Zudem verlangt Holznagel Senkungen des Stromsteuersatzes und des Mehrwertsteuersatzes auf Heizstoffe.

F.A.Z. Podcast für Deutschland: Sparen wie ein Frugalist



© AFP

Ein Feuerwehrmann bekämpft einen Waldbrand im Norden von Portugal.

7. Hitze und Dürre haben Europa fest im Griff

Spanien erwartet eine der längsten Hitzeperioden der vergangenen Jahrzehnte. In Portugal steigt die Gefahr von Waldbränden. Und auch in Deutschland wird es heiß.

46 Grad: Seit dem Wochenende überrollt eine Hitzewelle die Iberische Halbinsel. In den Regionen rund um Lissabon sowie im Süden Spaniens steigen die Temperaturen auf bis zu 46 Grad. Verschiedene Medien berichten, dass in den Städten zahlreiche Menschen bereits am Vormittag in Brunnen, Eisdielen und vollklimatisierten Einkaufszentren Zuflucht vor der Hitze suchten. Laut einigen Wettermodellen könnte die große Hitze noch zehn Tage andauern. Es sei zudem nur eine Frage der Zeit, bis erstmals die Marke von 50 Grad überschritten werde.

97 Prozent: Allein in Portugal wurden zuletzt bereits mehr als 300 Waldbrände registriert. „Die kleinste Unachtsamkeit kann einen Brand von beträchtlichem Ausmaß auslösen“, mahnte Ministerpräsident Costa. Das „Institut für Meer und Atmosphäre“ (IPMA) spricht von einer „meteorologischen Extremsituation“ und warnt vor maximaler und sehr hoher Brandgefahr auf fast dem gesamten portugiesischen Festland. In Portugal herrscht die schlimmste Dürre der vergangenen Jahrzehnte, sie betrifft 97 Prozent des Landes.

34 Grad: In Deutschland sorgt Hoch Iosif in diesen Tagen ebenfalls für hochsommerliches Wetter und Temperaturen von bis zu 34 Grad im Südwesten. Nach einer vorübergehenden Abkühlung kurz vor dem Wochenende sagen Meteorologen für den Start in die neue Woche eine weitere Hitzeperiode voraus. Wie heiß es in Teilen des Landes dabei wirklich wird, lässt sich derzeit jedoch nur vage vorhersehen.

[Mehr zum Thema](#)

Die Nacht in Kürze

Das deutsche Nationalteam der Frauen gewinnt 2:0 bei der Fußball-EM gegen Spanien: Die deutschen Fußballerinnen sind mit genauen Vorstellungen nach England gekommen und das Ziel rückt näher: Die Mannschaft erreichen schon nach dem zweiten EM-Spieltag die K.o.-Runde.

Die Onlineplattform Twitter will den Verkauf an Elon Musk vor Gericht erzwingen: Am Dienstag hat Twitter Klage gegen den reichsten Menschen der Welt eingereicht und will den Verkauf an ihn zum vereinbarten Preis von 44 Milliarden Dollar vor einem Gericht im US-Bundesstaat Delaware erreichen.

Polizei prüft mögliche Fahrerflucht von Frankfurter Oberbürgermeister Feldmann: Den Angaben zufolge war Feldmann mit seinem Dienstwagen unterwegs. Statt sich nach dem Unfall direkt bei der Polizei zu melden, soll er lediglich einen Zettel hinterlassen haben.

Starten Sie gut in den Tag!

Ihr Sebastian Reuter

Quelle: FAZ.NET